



MOTION

Urheber	neo - Die sozialliberale Mitte, durch Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen, Manfred Kuonen und Martin Kalbermatter
Gegenstand	Unabhängigkeit von Justizvertreterinnen und -vertretern: Wahl
Datum	15/12/2023
Nummer	2023.12.468

Richter und Staatsanwältinnen üben ein Mandat des Volkes aus und sollen demzufolge durch Volksvertreter in einem demokratischen Wahlverfahren ernannt werden. Gegenwärtig werden diese durch das Parlament auf Vorschlag der Justizkommission, welche sich auf den Bericht des Justizrates stützt, gewählt.

Dabei sind aktuell bei wählbaren Kandidatinnen und Kandidaten die Art. 29 und Art. 47 des Gesetzes über die Rechtspflege zu beachten, die sicherstellen wollen, dass in erster Linie die Sprachen, die Regionen und die politischen Kräfte angemessen vertreten sind. Im Übrigen hat die Ernennungsbehörde dem Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung zu tragen.

Da Staatsanwälte und Richterinnen müssen in ihrer Amtsführung unabhängig von Parteien und parteipolitischen Erwägungen agieren. Aus diesem Grund schlagen wir vor, das aktuelle demokratische Wahlverfahren dahingehen zu ändern, dass für die Besetzung dieser wichtigen Stellen in erster Linie die Fachkompetenz als Massstab gilt. Im Gegensatz zur politischen Repräsentativität, die im Sinne der Stärkung der Unabhängigkeit von Justizvertreterinnen und -vertretern nicht mehr zeitgemäss erscheint, sollte eine ausgewogene Vertretung der Sprachen, Regionen und Geschlechter, letzteres nunmehr nicht mehr als fakultative, sondern als verpflichtende Option, garantiert werden.

Schlussfolgerung

Wir ersuchen den Staatsrat, die Gesetzesvorschriften in den betroffenen Bereichen unter den genannten Gesichtspunkt zu prüfen und anzupassen.